

Impfpflicht könnte kommen, 3G-Pflicht am Arbeitsplatz, Deutsche Post erhöht Preise

Impfpflicht könnte kommen

In Deutschland werden zwischenzeitlich täglich neue Höchststände bei den Coronainfektionen gemeldet. Eine Trendwende ist nicht in Sicht. Vielerorts bereiten sich Kliniken auf Intensivstationen an oder über der Kapazitätsgrenze vor. Angesichts der Lage bahnt sich nun in der Politik eine Kehrtwende an. Die Mehrzahl der deutschen Ministerpräsidentinnen und Regierungschefs schließt eine Impfpflicht nicht mehr aus (!). Eine solche Pflicht müsse jedoch in einem Bundesgesetz geregelt werden. Noch bis vor kurzem hatten Politiker und Politikerinnen fast aller Parteien immer wieder beteuert, eine Impfpflicht komme nicht infrage. ([Spiegel Online](#))

3G-Pflicht am Arbeitsplatz

Das Ziel ist ganz klar: Die Verbreitung des Coronavirus soll in Betrieben eingedämmt werden. Mit den Regeln kommen auf Arbeitgeber und Beschäftigte wesentliche Änderungen zu: Zugang zu einem Betrieb sollen Beschäftigte nur bekommen, wenn sie geimpft, genesen oder getestet sind. Ungeimpfte, die nicht von zu Hause arbeiten können, müssen dem Arbeitgeber einen tagesaktuellen Test vorlegen. Auch ein Selbsttest vor Ort unter Aufsicht des Arbeitgebers ist möglich. Unternehmen sollen die 3G-Regeln täglich kontrollieren und dokumentieren. Noch komplexer werden 3G-Kontrollen im Job, wenn sie abseits von Büros oder Werken stattfinden – etwa im Handwerk. Zudem kommt eine Homeoffice-Pflicht: Wo keine betrieblichen Gründe entgegenstehen, soll die Arbeit vom häuslichen Arbeitsplatz ermöglicht werden. Beschäftigte müssen ein Angebot des

Arbeitgebers annehmen, soweit ihrerseits keine Gründe entgegenstehen. ([Manager Magazin](#))

Deutsche Post erhöht Preise

Zum Jahreswechsel kommen auf die Verbraucher höhere Preise für Briefe und Postkarten zu. Die Bundesnetzagentur gab den sogenannten Preiserhöhungsspielraum bekannt und gibt damit den Plänen der Deutschen Post für die Erhöhung ihrer Preise statt. Demnach dürfen die Preise aller regulierten Briefsendungen insgesamt um bis zu 4,6 Prozent erhöht werden. Das Unternehmen begründet die Preiserhöhungen mit sinkenden Sendungsmengen im Digitalzeitalter. Das neue Inlandsporto gilt für drei Jahre, also von Januar 2022 bis Ende 2024. Alte Briefmarken bleiben gültig, sie müssen aber zusätzlich frankiert werden. ([Zeit Online](#))